

# Covid-Impfungen: Wie Politik und Ärzte auf die BKK-Analyse zu Nebenwirkungen reagieren

[w welt.de/politik/deutschland/plus237145097/Covid-Impfungen-Wie-Politik-und-Aerzte-auf-die-BKK-Analyse-zu-Nebenwirkungen-reagieren.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus237145097/Covid-Impfungen-Wie-Politik-und-Aerzte-auf-die-BKK-Analyse-zu-Nebenwirkungen-reagieren.html)

**welt+** Covid-Impfungen

## Wie Politik und Ärzte auf die BKK-Analyse zu Nebenwirkungen reagieren

Stand: 17:06 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von [Elke Bodderas](#), [Tim Röhn](#), [Frederik Schindler](#)



Quelle: dpa/Uwe Anspach

Nachdem eine Analyse von Millionen Versicherten der Betriebskrankenkassen BKK enorm viele Impf-Nebenwirkungen festgestellt hatte, reagiert jetzt das Paul-Ehrlich-Institut. Es gibt allerdings auch teils scharfe Kritik an der Auswertung der Kasse.

Nach einem [Brandbrief](#) wegen angeblicher Impfnebenwirkungen in hoher Zahl will sich das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) mit den Warnungen der Krankenkasse BKK ProVita beschäftigen. Wie WELT erfuhr, findet in der kommenden Woche ein Treffen statt, bei dem sich Kassenvorstand Andreas Schöfbeck und führende PEI-Mitarbeiter, darunter Präsident Klaus Cichutek, austauschen wollen. Schöfbeck hatte in wortgleichen Schreiben an das PEI, die Ständige Impfkommission, die Bundesärztekammer, den GKV-Spitzenverband sowie die Kassenärztliche Bundesvereinigung eine kasseneigene Auswertung von Versichertendaten als „heftiges Warnsignal“ bezeichnet.

Die in München ansässige Kasse hatte den Datenpool aller BKK-Kassen auf Diagnose-Kodierungen T88.0 (Infektion nach Impfung/Sepsis nach Impfung), T88.1 (Sonstige Komplikationen nach Impfung, Hautausschlag nach Impfung), Y59.9 (Komplikationen durch Impfstoffe oder biologisch aktive Substanzen) und U12.9 (Unerwünschte Nebenwirkungen bei der Anwendung von Covid-19-Impfstoffen) durchsucht und war zu dem Schluss gekommen, dass die vom PEI gemeldeten Nebenwirkungen nicht annähernd die tatsächliche Dimension an Nebenwirkungen widerspiegeln. So seien in den ersten siebeneinhalb Monaten 216.695 der 10,9 Millionen BKK-Versicherten behandelt worden. Das PEI meldete aber nur 244.576 Verdachtsfälle für 62 Millionen Geimpfte – und zwar über einen um viereinhalb Monate längeren Zeitraum.

Dabei handelt es sich um verschiedene Datenbestände: Die Krankenkassen erhalten Informationen zu den Gründen der Behandlungen ihrer Versicherten - im Fall der BKK werden diese von einem Essener Software-Unternehmen erfasst und allen Kassen der BKK-Gruppe zur Verfügung gestellt. Der BKK-Dachverband selbst hat damit nichts zu tun, wie er in einer Pressemitteilung am Donnerstag erklärte und damit Bezug auf eine irreführende Darstellung in dem österreichischen Online-Blog „TKP“ nahm. Inhaltlich äußerte er sich zu Schöpfbecks Behauptungen nicht.

Die PEI-Sicherheitsdaten beruhen auf Nebenwirkungsmeldungen von Medizinerinnen und Bürgern. Im Vergleich etwa zu Norwegen, Österreich und England werden in Deutschland deutlich weniger vermeintliche Nebenwirkungen der Covid-Impfungen gemeldet. Auf Anfrage von WELT teilte das PEI mit, es sei „aktuell keine Beurteilung der Daten der BKK möglich, da das Institut bislang keinen Zugang zu den Originaldaten hat und ihm außerdem keine Informationen zur Auswertungsmethode vorliegen“. Am Dienstag, so erfuhr WELT, soll es nun zum direkten Austausch zwischen der BKK ProVita und dem PEI kommen.

Außerdem, so kündigte das PEI an, wolle man künftig zwecks Optimierung der Erfassung von Impfnebenwirkungen Abrechnungsdaten, die den Krankenkassen vorliegen, mit den Impfdaten des Digitalen Impfquoten-Monitorings (DIM-Daten) verknüpft werden. Dies werde im Rahmen einer Studie, die auch vom Bundesgesundheitsministerium gefördert wird, in Kürze geschehen. Der BKK-Dachverband unterstütze dieses Vorgehen „ausdrücklich“, wie er am Freitag mitteilte: „Um unnötige Verunsicherungen zu vermeiden ist es wichtig, dass Aussagen grundsätzlich auf der Basis valider Daten gemacht werden. Dies gilt nicht nur, aber insbesondere bei Themen, die so emotional geladen und sensibel sind, wie die Impfungen gegen das Coronavirus.“

### **„Offenbar gibt es eine deutliche Untererfassung“**

---

Schon im Vorfeld des Treffens zwischen PEI und der BKK-Kasse äußerte der Virchowbund, der niedergelassene Ärzte vertritt, scharfe Kritik. In einer Pressemitteilung bezeichnete der Vorsitzende Dirk Heinrich die BKK ProVita aufgrund der Kostenübernahmen von anthroposophischen und homöopathischen Arzneimitteln als „Schwurbel-BKK“ und warf Schöpfbeck „peinliches Unwissen oder hinterlistige

Täuschungsabsicht“ vor. Die von den Ärzten codierten „unerwünschten Nebenwirkungen“ umfassen laut Heinrich „die gesamte Bandbreite der erwartbaren, milden und vorübergehenden Folgen einer Impfung“.

Im Gespräch mit WELT sagte Heinrich, die Kasse würde „Äpfel mit Birnen vergleichen“: „Man kann nicht die ärztlichen Diagnose-Kodierungen ins Verhältnis zu den Meldungen an das PEI setzen.“ Vor allem habe er sich an Schöfbeck's Aussage in dem Brief ans PEI gestört, wonach eine „Gefahr für das Leben von Menschen“ bestehe: „Diese Schlussfolgerung lässt sich aus den Kodierungs-Daten definitiv nicht ziehen.“ Grundsätzlich, so Heinrich, sei die Anzahl an Nebenwirkungen der Covid-Impfstoffe „in einem erwartbaren Ausmaß“.

Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung weist die Aussage des Vorstands der BKK ProVita, dass es für Ärzte schlicht unmöglich sei, alle Fälle von Nebenwirkungen zu melden, „klar zurück“. „Selbstverständlich melden Ärzte relevante Impfnebenwirkungen“, sagte Andreas Gassen. Daten aus den USA legten nahe, dass eine mögliche Untererfassung „nahezu ausschließlich leichtere Nebenwirkungen wie Juckreiz oder Brennen an der Injektionsstelle“ betreffe, so Gassen weiter.

Der gesundheitspolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Tino Sorge, kritisierte grundsätzlich die Datenerfassung in Deutschland. „Die Zweifel an den Zahlen des Paul-Ehrlich-Instituts mehren sich. Wo das Meldesystem Schwächen hat, muss die Bundesregierung rasch nachbessern“, sagte der CDU-Politiker WELT. „Offenbar gibt es sowohl bei Impfquoten als auch bei Impfnebenwirkungen eine deutliche Untererfassung.“ Sorge verbindet die Zahlen der Betriebskrankenkasse mit der Debatte um eine allgemeine Impfpflicht – angesichts der „Unsicherheit bei den Daten“ könne über diese „kaum noch seriös diskutiert“ werden.

## **Forderung nach „Kurswechsel“**

---

„Wer keine präzisen Daten hat, kann über Impfkampagnen nicht verlässlich entscheiden – und über Impfpflichten schon gar nicht.“ Für den Gesundheitspolitiker ist klar: „Solange wir nicht genau wissen, wie viele Impfungen es mit welchen Nebenwirkungen in welchen Bevölkerungsgruppen gab, hat eine allgemeine Impfpflicht keine Chance. Olaf Scholz und Karl Lauterbach werden einen Kurswechsel vollziehen müssen.“

## **Jetzt soll der „Totimpfstoff“ von Novavax die Impfwende bringen**

---

Im März werden die meisten Corona-Maßnahmen fallen. Um die Pandemie jedoch wirklich zu bekämpfen, müssen sich noch mehr Menschen impfen lassen. Helfen könnte dabei der neue Impfstoff von Novavax, heute kommen die ersten Dosen des US-Herstellers in Deutschland an.

Ein Antrag der AfD, in der nächsten Woche im Gesundheitsausschuss des Bundestags ein Fachgespräch zu den Zahlen der BKK abzuhalten, wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. „Dass die anderen Fraktionen hierzu an keinerlei Aufklärung und Information interessiert sind, ist grob fahrlässig“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-

Fraktion, Martin Sichert. Im November des vergangenen Jahres hatte Sichert fälschlicherweise behauptet, dass mehr Jugendliche infolge der Impfung als an Corona gestorben seien.

Andrew Ullmann, Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im Gesundheitsausschuss, beklagt eine „Streuung undifferenzierter Zahlen“. Er sagte WELT: „Mich verwundert das Verhalten von Andreas Schöffbeck sehr. Sein öffentlicher Brief scheint eher auf Publicity denn auf Aufklärung ausgelegt zu sein.“ In dem Brief werde unterschwellig eine Vertuschung von Impfreaktionen vermutet. „In seine Rechnung fallen vermutlich alle Impflinge, die sich nach einer Impfung für ein oder zwei Tage krankschreiben lassen müssen. Das ist ganz normal und war erwartbar“, sagte Ullmann.

Der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, erklärte: „Wir brauchen endlich verlässliche Analysen und Zahlen, dazu vollständige Ehrlichkeit, um seriöse medizinische und politische Schlussfolgerungen zu ziehen.“ Spekulationen und Verschwörungstheorien würden ansonsten „immer mehr befördert“. Die gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kathrin Vogler, verweist darauf, dass Ärzte nicht verpflichtet seien, „die im Rahmen von Impfungen erwartbaren Impfreaktionen an die Behörden zu melden, sondern nur diejenigen, die tatsächlich auf eine Impfkomplication hindeuten“.

Auch deshalb könnten sich die Abrechnungsziffern der Arztpraxen von den Meldedaten des PEI unterscheiden. „Auf jeden Fall werde ich die Sondersitzung des Gesundheitsausschusses in der nächsten Woche nutzen, um vom Gesundheitsministerium und vom PEI zu erfahren, welche Schlüsse dort aus dieser Auswertung von Kassendaten gezogen werden“, sagte Vogler weiter.

Der Virologe Klaus Stöhr begrüßt, dass das PEI sich nun mit den Daten der BKK auseinandersetzen will und regt weitere Studien an: „Die Krankenkassen haben sich schon mehrfach angeboten, die Datenwüste der Bundesregierung zu bewässern“, sagte der Epidemiologe WELT. „Jetzt ist es zwingend, dass das Bundesgesundheitsministerium mit den anderen Krankenkassen gemeinsam eine dringende Untersuchung beginnt. Das ist man sowohl den Geimpften schuldig als auch für die zwingende evidenzbasierte Vorbereitung verhältnismäßiger Maßnahmen auf den nächsten Winter“. Auch die Stiko werde sicher im Licht von neuen Daten ihre Empfehlung evaluieren müssen.